

JOSÉ M. FARALDO / PAULINA GULIŃSKA-JURGIEL /
CHRISTIAN DOMNITZ

EUROPAS PLATZ IM SOZIALISTISCHEN POLEN

Polen rückt nach Osten.

Das Ende des Krieges und der Anfang der Teilung Europas
(José M. Faraldo)

Die Geschichte Nachkriegspolens begann in Moskau. Zaudernd wurden dort die ersten Leitlinien für die kommenden vierzig Jahre des polnischen Staates festgelegt und Pläne für die Nachkriegszeit vorbereitet. Eine Handvoll polnischer Kommunisten, die der Verfolgung durch Hitler und den stalinistischen Säuberungen hatten entkommen können, suchte verzweifelt einen Platz an der Sonne. Ihre Welt war mit dem stalinistischen Terror und der deutsch-sowjetischen Besatzung verschwunden. Die Utopie des Kampfes für ein kommunistisches Polen war bereits gescheitert, als Hitler und Stalin das Land untereinander aufgeteilt hatten. Das Vaterland der Arbeiterklasse bot den Exilanten jedoch zu wenig Raum, um sie als Polen oder polnische Juden leben zu lassen. Kein Heim, kein Ideal – Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht waren alles, was den polnischen Kommunisten geblieben war. Sie übten Verzicht auf die eigene vertraute Umwelt und tauchten in die sowjetische Wirklichkeit ein.

Darauf folgte der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, die sich plötzlich im Krieg mit Deutschland befand. Polen wurde blitzartig zu einem eher unbequemen Verbündeten, der auf der Karte Europas erneut auftauchen durfte. Jetzt konnten die Exilkommunisten das Wort Polen wieder aussprechen, jetzt konnten sie sogar die demokratische Londoner Exilregierung als die eigene betrachten, wenn auch nur für kurze Zeit und mit dem Vorbehalt, dass sie politisch feindlich war. Die Emigranten vermuteten, dass ihre Stunde geschlagen hatte und versuchten, in Moskau eine Zukunft für ihr wiedererstehendes Vaterland zu finden. Allerdings eine Zukunft, die den Wünschen Stalins entsprechen sollte.

Es war selbstverständlich, dass das neue Polen auch in einem neuen Europa entstehen würde. Die Slogans „neues Polen“ und „neues Europa“ wiederholten sich in der kommunistischen Publizistik jener Zeit in einer

Form, die den Diskursen der polnischen Exilanten in Westen ähnlich war. Freilich gab es Unterschiede, die Propaganda Moskaus war von Anfang an gegen regionale Zusammenschlüsse wie die polnisch-tschechoslowakische Konföderation, die die Londoner Regierung verhandelt hatte. Aber ein ähnliches Pathos des Neuanfangs prägte alle zeitgenössischen Diskurse.

So war es zum Beispiel in den Überlegungen zum „Platz Polens in Europa“, die der kommunistische Aktivist Alfred Lampe kurz vor seinem Tod 1943 niedergeschrieben hatte und die 1944 in Moskau veröffentlicht worden waren. Lampe war ein moskautreuer „Patriot“, ein Mitglied des von polnischen Kommunisten im sowjetischen Exil gegründeten „Verbandes der polnischen Patrioten“. Seine Suche nach einer Verortung des Landes auf dem Kontinent war nicht untypisch für die europäischen Exilanten während des Zweiten Weltkrieges, wo auch immer sie sich gerade befanden. Die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges veranlasste viele von ihnen zur Kritik an der internationalen Politik der vergangenen Jahre und zur Definition eines neuen Systems kollektiver Sicherheit in Europa. Pläne wurden entworfen in den besetzten Ländern, im Untergrund, sogar in Konzentrationslagern, deren Insassen eine Widerspiegelung Europas im Kleinen verkörperten.

Selbstverständlich wurden auch im Exil Pläne konzipiert. Die in Westeuropa verbliebenen Exilanten und Widerstandskämpfer sahen den Nationalstaat als problematisch an und suchten die Lösung in „Europa“. Diejenigen osteuropäischen Exilanten, die zurück in ihre jeweilige Heimat kamen, suchten jedoch in der Stärkung der Nation die Lösung jener Probleme, die der Zweite Weltkrieg ausgelöst hatte. Die kommunistischen Politikmigranten waren hier keine Ausnahme. Weil die Kommunisten, die den Krieg im Land überlebt hatten, noch betonter nationalistische Züge als die Rückkehrer zeigten, war Polen fortan nur noch als Nationalstaat zu denken.

Dies war auch ein Ergebnis des Krieges, nach dessen Ende Polen zum Subjekt gewaltiger Umwälzungen wurde. Sowjetische Truppen brachten eine neue Macht, Grenzen wurden verschoben. Die neuen Herrscher in Polen kontrollierten nach und nach den Staat. In großem Umfang wurden nationale Säuberungsaktionen durchgeführt; Migrationsprozesse waren die Folge. Auf diese Weise begann sich eine neue gesellschaftliche und ökonomische Ordnung herauszubilden, die ein neues nationales Projekt darstellte. Der Krieg hatte dazu geführt, dass der Staat zunehmend in das Wirtschaftsleben eingriff. Dies galt nicht nur für die von der Roten Armee befreiten Länder, sondern auch für Großbritannien und Frankreich. Deshalb wurde das Konzept der Demokratie, zumindest was die unmittelbare Nachkriegszeit betrifft, mit dem Sozialismus und einem starken Staat verbunden.

Der wirtschaftliche Aufbau und die materielle Wiederherstellung des Landes standen im Kontext einer neuen Vision von der Zukunft Polens.

Auch die Geschichte erfuhr eine neue Interpretation. Das sowjetische Modell schien für die meisten Kommunisten die adäquate Form zu sein, die Rückständigkeit ihres Landes zu beheben. Die Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse wurden mit der Stärkung der Nation verknüpft. Es sollte ein militärisch starker und ethnisch homogener Staat entstehen. Überraschend war die bewusst nationalisierende Rolle, die die kommunistische Partei spielte. Unabhängig von ihrer gelegentlich internationalistischen Rhetorik entwickelte sie einen nationalen Diskurs, der manchmal direkte Verbindungen zur extremen Rechten vor 1945 hatte, der aber auf jeden Fall ein Bild der nationalen Gemeinschaft reflektierte, das nicht über den integralen Nationalismus des 19. Jahrhunderts hinausging.

In dieser streng nationalen Weltsicht gab es kaum Raum für föderalistische Europagedanken. Stur und fanatisch wiederholten neue Politiker wie etwa der Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*, PPR), Władysław Gomułka, Parolen von der Einheit des Volkes und der Unabhängigkeit der Nation. Europa wurde nicht wahrgenommen oder verschwand in einem Nebel von geostrategischen Referenzen und Vorschlägen für kollektive Sicherheit. Sehr überzeugend wusste der Soziologe und Anhänger der Bauernpartei Józef Chałasiński schon 1946 die Europavorstellungen der polnischen „Marxisten“ zu charakterisieren: „Sie denken in technologisch-wirtschaftlichen Kategorien und sehen in Europa als eigenständige Frage überhaupt kein Problem“. Sogar sowjetische Formen eines leninistischen Föderalismus wurden für Polen als unangebracht betrachtet. Minderheiten stand man keine regionale Autonomie zu, sondern zwang ihnen Ausgrenzung, Aussiedlung und Assimilierung auf. Für Ostmitteleuropa wurden keine größeren Bündnisse erwogen, keine Föderationen, sondern eine aggressive Haltung gegenüber Deutschland und „dem Westen“, begleitet von der servilen Bindung an die Sowjetunion.

Es blieb tatsächlich nicht viel Raum für Europa übrig. Doch wer hätte über Europa sprechen können? Ein Großteil der intellektuellen Elite Polens war verschwunden, ermordet von den Nationalsozialisten und den Sowjets. Die wenigen „Paneuropäer“ aus der Vorkriegszeit waren im Krieg gestorben – wie zum Beispiel der Politiker Hipolit Gliwic – oder sie blieben im Exil zurück wie Józef Retinger, ein polnischer Politiker, der eine aktive Rolle im westeuropäischen Einigungsprozess spielte. Die neuen Eliten, die sich langsam formierten, hatten keine Erfahrung mit Europa oder nur eine, die an die Kriegserfahrung geknüpft war.

Allerdings bewegte sich Polen noch bis 1948 in den Kreisen gesamt-europäischer Europavorstellungen. Auch in Westeuropa hatte nach dem Sieg über den Nationalsozialismus die Bereitschaft der Politiker zur freiwilligen Einigung Europas zunächst abgenommen. Innerhalb Polens wurden die Europadebatten in der noch halbfreien Presse geführt, politische und

literarische Zeitschriften wie *Odrodzenie* (Auferstehung) und *Świat i Polska* (Die Welt und Polen) boten Diskussionsforen für unterschiedliche Ideen. Diese waren freilich von einer starken Skepsis gegenüber kollektiven Lösungen und Souveränitätseinbußen geprägt, was schon in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts für Polen typisch gewesen war. So wurden die reaktivierte Paneuropabewegung und die Appelle Winston Churchills zur Einheit Europas als „antieuropäische Konzeptionen“ beschrieben und die westeuropäischen „Föderalen Klubs für Mitteleuropa“, eine Organisation emigrierter Anhänger einer mitteleuropäischen Föderation, sogar als „faschistisch“ diffamiert.

Die spezifisch kommunistische Färbung dieser Skepsis war von der Abhängigkeit der Herrschenden von der Sowjetunion bestimmt. Alle Entwürfe für eine europäische Einigung wurden als gefährlich für die sowjetische Hegemonie eingestuft, und man beurteilte sie als Versuche, eine neue Großmacht zwischen den USA und der UdSSR zu bilden. Anfangs wurde dieses neue Großmachtstreben in einer neuen hegemonialen Politik des verfallenen britischen Empire gesehen. Erst während der Auseinandersetzungen um den Marshallplan wurde das Bild der Vereinigten Staaten als neuer Kolonialmacht, die Europa versklaven will, zementiert.

Andere politische Kräfte, die im Land noch nicht verboten waren, entwickelten eigene Blicke auf Europa. So zum Beispiel die Polnische Sozialistische Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS), die an den Treffen der mitteleuropäischen sozialistischen Parteien 1946 in Prag und 1948 in Wien teilnahm. Diese Treffen, die erst nach der Zusammenlegung von kommunistischen und sozialistischen Parteien in den Volksdemokratien beendet waren, entwickelten sich zu Foren für Ideen regionaler Kooperation und Integration, auf denen auch ein auf Europa bezogenes Vokabular präsent war. Nicht zu vergessen ist, dass die emigrierte PPS sich während des Krieges für „die Vereinigten Staaten von Europa“ ausgesprochen hatte. Zurück im Land, war sich die PPS jedoch der neuen geostrategischen Lage sehr bewusst. Ab jetzt würde man keine Bewegung in der Europapolitik ohne die Zustimmung der Sowjetunion machen können. Das führte zum Versuch, ein Gleichgewicht zwischen den Forderungen nach mitteleuropäischer Kooperation und der Anerkennung der sowjetischen Interessen zu wahren.

Die Idee eines christlichen Europa wurde in katholischen Kreisen propagiert. In Zeitschriften wie *Tygodnik Powszechny* (Allgemeine Wochenzeitung), *Tygodnik Warszawski* (Warschauer Wochenzeitung) und *Odnowa* (Erneuerung) wurden von katholischen Publizisten wie Jerzy Turowicz erste Überlegungen zur christlichen Einheit Europas veröffentlicht. Diese Publizisten spielten in der Folgezeit eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen um Europa.

Im Ausland entwickelten die Exilpolen eine Reihe von Europavorstellungen. Die übersichtliche Zahl politisch aktiver Emigranten war sehr zerstritten. Viele Parteien, Bewegungen und Gesellschaften versuchten, von außen Einfluss auf das Land auszuüben, was in den vierziger und fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts kaum gelang. Im beginnenden Kalten Krieg waren sie für die europäische Öffentlichkeit und für manche westlichen Regierungen nicht bedeutungslos. Die meisten politischen Kräfte des Exils teilten die Ziele des polnischen „Föderalismus“, der unterschiedliche Konzepte regionaler Föderationen entwarf, die eventuell einer größeren Formation hätten beitreten können. Die Londoner Exilregierung war während der vierziger und fünfziger Jahre bemüht, diese Vorstellungen zu unterstützen. Das wichtigste Föderationskonzept war wahrscheinlich das *Intermarium* (*Międzymorze*), das seine Wurzeln in der Zwischenkriegszeit hatte. Das Bild einer Union Polens mit seinen Nachbarstaaten zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer wurde populär, weil es Schutz vor einer sowjetischen bzw. deutschen Bedrohung zu bieten schien. Ein anderes Konzept einer stufenweisen globalen Föderation entwickelte die Organisation „Unabhängigkeit und Demokratie“ (*Niepodległość i Demokracja*, NiD). Die „NiD“ nahm unter ihrem Gestalter Rowmund Piłsudski an allen föderalistischen Veranstaltungen Europas sehr aktiv teil und blieb bis Mitte der fünfziger Jahre relevant. Allerdings waren ihre Bestrebungen darauf ausgerichtet, die Annäherung des Westens an Deutschland zu boykottieren, da ein Wiedererstarken Deutschlands für Polen als extrem gefährlich galt. Andererseits fand unter den polnischen Nationalisten im Exil wie Jędrzej Giertych eine Auseinandersetzung mit Europa im Sinne eines „Europa der Völker“ statt, dessen östlicher Teil unter der Hegemonie eines vom Kommunismus befreiten Polens stehen sollte. Einige polnische Exilanten wurden sehr wichtig für die europäische Einigung. Sie hatten nicht – wie die meisten Emigranten – für regionale Föderationen argumentiert, sondern plädierten von Anfang an für eine gesamteuropäische Einigung. Insbesondere ist hier der bereits erwähnte Józef Retinger zu würdigen, der den Haager Europakongress von 1948 mit veranstaltet und die Europabewegung mitbegründet hatte.

Bald blockierte die wachsende Stalinisierung Polens jede freie öffentliche Diskussion über Europa. Gleichzeitig begannen der Kalte Krieg und die Spaltung des europäischen Kontinents, was die Integration Europas im Westteil beschleunigte. Der Wille einiger kommunistisch dominierter Regierungen, am Marshallplan teilzunehmen, zeigt, dass die Spaltung nicht unbedingt zwingend war. Der Plan für den Wiederaufbau Europas zwang jedoch die europäischen Volkswirtschaften zur Zusammenarbeit und zur Koordinierung, was nicht nur die sowjetische politische Hegemonie bedrohte, sondern auch den ökonomischen Umbau der ostmitteleuropäischen

Länder nach sowjetischem Muster zunichte gemacht hätte. Dem sowjetischen Druck folgend brachen Polen und die Tschechoslowakei die Gespräche über den Marshallplan ab. In der Folgezeit begann in der Presse der sozialistischen Länder eine Hetzkampagne gegen das Projekt, deren Hauptargument auf der bedrohten nationalen Souveränität beruhte und die damit dem verstärkten nationalen Diskurs der Kommunisten entsprach.

Auf der Konferenz von Schreiberhau (Szklarska Poręba) in den neuen polnischen Westgebieten im Jahre 1948 diskutierten neun europäische kommunistische Parteien unter der Ägide der KPdSU ihre kommenden Aufgaben in Europa. Die „freiwillige Zusammenarbeit“ der Volksdemokratien wurde einer versuchten „Kolonisierung“ Europas seitens der amerikanischen Großmacht entgegengesetzt. Wie der Marshallplan gezeigt habe, sei die westeuropäische Annäherung an die Vereinigten Staaten mit einem Verzicht auf Souveränität verbunden gewesen. Das Argument der nationalen Souveränität fungierte als eine Art Joker, der später gegen den westeuropäischen Einigungsprozess ausgespielt werden konnte.

In der Hochphase des Stalinismus trieb man die Homogenisierung aller Lebensbereiche und die unkritische Übernahme des sowjetischen Modells voran. Für die Europapolitik bedeutete das eine Ablehnung aller Integrationsinitiativen. Neben dieser antieuropäischen Rhetorik wurde in der Presse zugleich die Zugehörigkeit zu Gesamteuropa betont und gegen die Monopolisierung des Europabegriffes seitens der Westeuropäer gekämpft. Europa war für die Kommunisten ein Faktum, und obwohl diese nicht bereit waren, Integrationsinitiativen zu fördern oder gar zu verstehen, mussten sie auf die entstehende europäische Einheit reagieren.

Den Widerstand gegen die Monopolisierung Europas durch den Westen mobilisierte man mit der Bildung verschiedener Mythen rund um die westeuropäischen Einigungsbestrebungen. Die in diesen Jahren geschaffenen Mythen lebten sehr lange, und an einige von ihnen knüpfen antieuropäische Diskurse im heutigen Polen an. So wurde die Einigung Europas als Erscheinung eines neuen deutschen Imperialismus und als Kapitulation gegenüber dem zuerst britischen bzw. später dann amerikanischen Imperialismus dargestellt. Auch schrieb man dem östlichen Europa im Gegensatz zum Westen, der als fremd, dekadent und überheblich betrachtet wurde, eine gewisse Gemeinsamkeit zu. Hierzu bemühte man die „slawophile Bewegung“. Dieser Entwurf, der besonders an die gemeinsamen slawischen Wurzeln appellierte, sollte nun in einem sowjetischen Sinn umgedeutet werden. Dieser Entwurf erwies sich jedoch bald als unzureichend, weil nicht nur slawische Nationen Teil des Ostblocks waren, vor allem aber, weil Jugoslawien dem großen „slawischen Bruder“ die Stirn geboten hatte. So entstand mit der Zeit das Konzept einer „sozialistischen Gemeinschaft“ als eine Art Ersatzeuropa.

Die slawophile Bewegung zeigt, dass es auch Grundlagen für andere denkbare Diskurse gab. So nahm die Propaganda tagespolitische Themen zum Anlass, um über Europa zu reflektieren. Als bestes Beispiel kann das Bild eines revolutionären Europa gelten, das man anlässlich des hundertsten Jahrestages der Revolution von 1848 bemühte. In Vorträgen, Ausstellungen und Büchern wurde die Idee einer flächendeckenden europäischen Revolution dargestellt, die die Namen von nationalen Revolutionshelden in anderen Ländern Europas bekannt gemacht hatte. Dies war ein deutlicher Versuch, Vorstellungen Europas zu entwickeln, die dem Marxismus-Leninismus mehr entsprechen sollten, als es die föderalistischen Ideen taten. Eine ähnliche Rolle spielte die kommunistisch dominierte pazifistische Bewegung. Bei Veranstaltungen wie beispielsweise auf dem Kongress der Intellektuellen für den Frieden, der 1948 in Breslau stattfand, erfolgten Plädoyers für die Verteidigung der „europäischen Kultur“ gegen die „kulturelle Aggression der Amerikaner“, was eine implizite Anerkennung Europas als kulturelle Einheit bedeutete. Allerdings wurden diese neuen Perspektiven auf Europa nicht weiter verfolgt und blieben nur als Fragmente eines kommunistischen Europagedankens stehen.

Die Teilung Europas trat nach 1948 offen zutage. Grenzen trennten fortan, Spontaneität, freie Entscheidung und Reisen wurden erschwert. Offizielle Einrichtungen zentralisierten alle Kontakte mit dem Ausland und versuchten, diese auch propagandistisch zu nutzen. Ein Beispiel dafür ist das Komitee für kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland (*Komitet Współpracy Kulturalnej Zagranicą*, KWKZ), eine Organisation, die zwischen 1950 und 1956 für kulturelle Auslandskontakte zuständig war. Diese typisch stalinistische Erfindung beschäftigte sich unter anderem in sehr bürokratischer und ineffizienter Weise mit der Organisation von Reisen ausländischer Besuchergruppen nach Polen.

Die Berichte des KWKZ über die Gäste zeigen, inwieweit vorhandene nationale Stereotype und ideologische Verwirrungen die Kontakte zwischen den Menschen auf beiden Seiten der innereuropäischen Grenze belasteten. Mit der zunehmenden Integration im Westen (Marshallplan ab 1948 und NATO ab 1949) wuchs die Notwendigkeit einer besseren Organisation des östlichen politischen Raums, die teilweise eine Antwort auf den Westen darstellte. Der Warschauer Pakt lieferte ab dem 14. Mai 1955 den beteiligten östlichen Staaten einen militärischen Handlungsrahmen. Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), der am 25. Januar 1949 gegründet worden war, galt als wirtschaftliche Alternative zum Marshallplan. Er versuchte – jedoch weniger effizient – als Alternative zum als verdorben angesehenen westlichen Kapitalismus zu fungieren. Allerdings war die kommunistische Führung in Polen nicht wirklich daran interessiert, den Prozess der Einheit der sozialistischen Staaten voranzutreiben, nicht zu-

letzt, weil die Souveränität bereits von sowjetischer Seite begrenzt war und eine echte Integration die vorhandenen Handlungsspielräume weiter eingeschränkt hätte.

Die Entstalinisierung nach 1956 verursachte eine Wende, auch in der Europawahrnehmung. Symbol eines neuen, offenen Umgangs mit Europa waren die Feuilletons „Briefe an Frau Z.“, die Kazimierz Brandys in der Wochenzeitung *Nowa Kultura* (Neue Kultur) ab 1957 veröffentlichte und die er teilweise auch in Radiosendungen vorlas. Brandys, ein bekannter Schriftsteller und Kommunist, der nach und nach zum Dissidenten geworden war, beschrieb in vielen dieser „Briefe“ seine Erfahrungen in Westeuropa in einer humorvollen und skeptischen Weise. Die Dämonisierung des Westens war damit beendet oder relativiert, und eine positivere Betrachtung wurde ermöglicht. Die von den Polen gefühlte Verbundenheit mit der europäischen Kultur konnte sich jetzt entfalten. Kulturelle Einflüsse und Moden erreichten Polen, die vor allem von der polnischen Jugend begeistert aufgenommen wurden; insbesondere Jazz, Beat und Rhythm'n' Blues erfuhren eine spezifisch polnische Prägung und erreichten ein Niveau, das seinesgleichen in Europa suchte. Dies war kein Zufall, sondern eine Konsequenz dieser neuen Kommunikationsströme und einer relativen Liberalität der autoritären Macht. In dieser Hinsicht wurde eine gewisse „Amerikanisierung“ der Kultur gleichzeitig zu einem Muster von Europäisierung.

Die Periode des „Tauwetters“ begann kurz vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 1957. Die Wahrnehmung dieses ersten entscheidenden Schrittes der europäischen Einigung war allerdings negativ, und dies nicht nur in den offiziellen Medien. Die verpönte Bezeichnung von „Kleineuropa“ – eigentlich ein westeuropäischer Begriff – machte offiziell und inoffiziell die Runde, selbst in der Exilpresse. Nicht zu vergessen ist, dass die Europäische Gemeinschaft auch im Westen heftige Kritik einstecken musste. Die Argumente der Kritik waren in Ost und West oft die gleichen. Das westdeutsche Übergewicht innerhalb der Gemeinschaft wertete man als Rückkehr des deutschen Imperialismus, die Einheit Europas als Triumph der amerikanischen Herrschaft. Auch wurde beklagt, die wenigen Länder, die die Verträge unterschrieben hatten, repräsentierten nicht das ganze Europa. Dieses letzte Argument zeigt, dass sich die Polen immer noch als Teil eines größeren Europa fühlten.

Zwischen Sicherheitspolitik und kultureller Zugehörigkeit: Die sechziger und siebziger Jahre (Paulina Gulińska-Jurgiel)

Anfang der sechziger Jahre bildete der Eiserne Vorhang auf dem europäischen Kontinent eine feste Größe. Zwischen den beiden Supermächten – den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – und somit auch zwischen den beiden konkurrierenden politischen Systemen dauerte das Ringen um die Oberhand im europäischen Wettbewerb an. Obwohl in der geopolitischen Konfrontation eindeutig Aspekte wie etwa das atomare Wettrüsten oder aber der Konflikt zwischen der Sowjetunion und China von grundlegender Bedeutung waren, wurden sie im offiziellen kommunistischen Diskurs konsequent verschwiegen. Ausgeblendet wurde auch ein nicht weniger wichtiges Element, nämlich die Mangelwirtschaft im Ostblock, die in den sechziger und siebziger Jahren von westlichen Transferleistungen abhängig war. Die Propaganda seitens der kommunistischen Parteien stellte die Situation jedoch völlig anders dar und versuchte, ein positives Bild von den Verhältnissen im Ostblock zu zeichnen. Dazu gehörte für die Volksrepublik Polen, sich als ein engagiertes Mitglied der sozialistischen Gemeinschaft von Bruderstaaten darzustellen.

Die Ablehnung des westeuropäischen Integrationsprozesses diente der polnischen Parteipropaganda dazu, sich als ein Land zu präsentieren, das aktiv für die Stärkung von Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent eintrete. Als besonderer Vorteil wurde dabei wahr genommen, dass Polen – seit Jahrhunderten ein durch die zwei Großmächte Deutschland und Russland bedrohtes Land – nun aus der starken Position eines Verbündeten der Sowjetunion das Wort ergreifen konnte, um für die Stabilisierung der europäischen Lage zu plädieren. Dementsprechend tauchte „Europa“ in der polnischen kommunistischen Tageszeitung *Trybuna Ludu* (Tribüne des Volkes) als ein bedrohtes Wesen auf, dessen erwünschte friedliche Existenz nur die östlichen Staaten garantieren könnten. Die vermeintliche Hilfsbedürftigkeit spiegelte sich in standardisierten Wortverbindungen wider. So war die Rede von „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, es wurden Maßnahmen „zur Normalisierung der Lage in Europa“ getroffen, man debattierte über die „friedliche Zukunft Europas“. Eine gezielt betriebene Pressekampagne sollte den Eindruck einer dynamischen öffentlichen Debatte erwecken. Als Leitmotive wiederholten sich Übernahmen aus der sowjetischen Tageszeitung *Prawda* (Wahrheit), in der die europäische Thematik mit großer Redundanz ausgebreitet wurde. Ein interessantes Beispiel ist der *Prawda*-Artikel „Überlegungen zur Sicherheit des großen Europa“ aus dem Jahre 1965, in dem außer den schon genannten Aspekten die von Generalsekretär Michail Gorbatschow zwanzig Jahre später bemühte Metapher des

„gemeinsamen europäischen Hauses“ vorgebracht wurde, das von drängenden Problemen erfüllt sei. Die Bewohner dieses Hauses sollten des vermeintlichen „Lebens auf dem Vulkan“ überdrüssig sein. Als Lösung bot sich die europäische Sicherheit an. Auf den ersten Blick könnte verwundern, dass in demselben Text die Worte des britischen Premierministers Anthony Eden aus dem Jahre 1936 – „das allerletzte, was ich sehen möchte, ist die Teilung der Staaten in Lager“ – erwähnt sind. Der historische Kontext verdeutlicht den Zusammenhang: In den sechziger Jahren wurde seitens des Ostblocks der nach dem polnischen Außenminister benannte Rapacki-Plan entwickelt. Dieser schlug 1957 auf der UNO-Vollversammlung vor, auf Atomwaffen zu verzichten und Mitteleuropa zu entmilitarisieren. Einen ähnlichen Vorschlag hatte Anthony Eden bereits drei Jahre zuvor gemacht. Beide Pläne scheiterten, jedoch wurde der Rapacki-Plan im sowjetischen und insbesondere im polnischen Sicherheitsdiskurs als Ursprung des friedlichen Engagements verinnerlicht.

Alle späteren Aufrufe für ein sicheres und friedliches Europa bauten darauf auf. Solche Appelle nahmen in den sechziger Jahren stetig zu. Eines der ersten Beispiele dafür war eine Verlautbarung des Politischen Komitees des Warschauer Paktes vom Januar 1965. In diesem Dokument forderten die Staaten des Ostblocks, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen, einen Nichtangriffspakt mit der NATO zu schließen, das „deutsche Problem“ friedlich zu lösen, keinen der deutschen Staaten mit Atomwaffen auszurüsten sowie schließlich auch das gesamte atomare Arsenal zu vernichten. Eine noch eindeutigere Aussage in diesem Sinne folgte ein Jahr später, in Form der „Erklärung zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa“, die in Bukarest am 6. Juli 1966 verabschiedet wurde. Auch der Budapester Appell, welcher am 17. März 1969 von den Vertretern des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Pakts verkündet wurde, sollte diese Bemühungen der ostmitteleuropäischen Staaten betonen.

Die Sicherheit wurde in politischen Diskussionen als ein schlagkräftiges Argument vorgebracht. Dieses funktionierte jedoch erst dann, wenn ein Feind ausgemacht werden konnte, der jene bedrohte. Die reale Bedrohung der Sowjetunion durch China durfte in den jeweiligen staatlichen Parteidiskursen nicht genannt werden, weshalb man nach einem anderen Feind suchte. Der althergebrachte Gegner Deutschland bot sich hier in seiner westdeutschen Variante als passendes Feindbild an. Die verbündete DDR wurde von jeglicher Verantwortung für die Geschichte befreit. In Polen zeichnete sich dabei vor allem Parteichef Władysław Gomułka aus, der ein verbissener Gegner alles Deutschen war. Seine Reden berührten sehr oft das Problem des „westdeutschen Revanchismus und Militarismus“, die Richtlinien der Bonner Regierung wurden als „Saison-Politik“ bezeichnet,

und die Bundesrepublik Deutschland fungierte als „Sturmbock der NATO“. Eine immer noch frische Erinnerung der polnischen Bevölkerung an den Zweiten Weltkrieg verstärkte die Tragfähigkeit dieser Parolen. Hinzu kam ein Propagandaelement, das in allen kommunistischen Ländern gern verwendet wurde, nämlich eine an die vorherrschende politische Taktik angepasste Interpretation der Geschichte. Einen absurden Höhepunkt erreichte sie anlässlich der Tausendjahr-Feiern Polens, als Gomułka auf einer feierlichen Sondersitzung des polnischen Parlaments am 21. Juli 1966 den Widerstand des polnischen Piastengeschlechts gegen die deutschen Feudalherren als den größten Beitrag der Polen zur Geschichte Europas bezeichnete.

Als zweiten großen Feind identifizierte die polnische Propaganda die USA, gegen die der Kampf um das „friedliche Europa“ gerichtet werden sollte. Auch hier wiederholten sich aus der frühen Nachkriegszeit hervorgegangene Muster. Um es mit den Worten von Jerzy Holzer zu fassen: Während die Schuld für alles Böse in der Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland zugeschrieben wurde, galt als der Hauptverantwortliche für alle Probleme in der Gegenwart der atlantische Feind – die USA. Amerika wurde als ein Diversant geschildert, welcher die Hinwendung „Europas zu Europa“ zu bremsen und den Zustand der Unsicherheit auf dem europäischen Kontinent beizubehalten versuchte. Die Betonung der hegemonialen Ansprüche der Vereinigten Staaten bildete jedoch kein spezifisches Merkmal der polnischen Propaganda, sondern passte gut zu der amerikakritischen Stimmung, die zu jener Zeit auch in Westeuropa zu beobachten war. Ein Aspekt der Amerika-Kritik konnte jedoch als spezifisches Merkmal der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) sowie der verbündeten Parteien im Ostblock betrachtet werden, nämlich die Haltung zu dem vom US-amerikanischen *National Committee for a Free Europe* begründeten und seit 1950 von München aus sendenden *Radio Free Europe* (RFE). Die Kommunisten kritisierten es heftig, weil dessen Sendungen ihren offiziellen Alleinvertretungsanspruch auf die Wahrheit in Frage stellten. In der Propagandasprache der Zeit präsentierte man RFE – mit dem Direktor der polnischen Sektion, Jan Nowak Jeziorański, an der Spitze – als ein Medium, das durch amerikanische Kapitalisten beziehungsweise Verschwörer geleitet werde.

Aus ähnlichen Gründen richtete sich die kommunistische Propaganda gegen ein anderes Emigrantenmedium – die Pariser Zeitschrift *Kultura* (Kultur). In der schon erwähnten Festrede Gomułkas vom Juli 1966 wurden die Thesen des Londoner Korrespondenten der Zeitschrift, Juliusz Mieroszewski, der eine „Europäisierung“ der Sowjetunion von Polen aus forderte, heftig angegriffen. Die von ihm vorgeschlagene Lösung, das Beschreiten eines Dritten Weges zwischen Kommunismus und Kapitalismus wurde von Gomułka als ein Angriff auf die Einheit und Stabilität des sowjetischen

Blocks verstanden. Und dies nicht ohne Grund, denn Mieroszewski lehnte eine Gleichsetzung polnischer mit sowjetischen Interessen definitiv ab. Betrachtete man Polen als einen Satellitenstaat der Sowjetunion, so wäre eine solche Auffassung für ihn nachvollziehbar; für einen Staat jedoch, welcher Anspruch auf seine Autarkie erhob, schien sie ihm nicht angebracht. Und gerade ein solches, geistig unabhängiges Land wollte die 1947 gegründete *Kultura* trotz der Herrschaft der Kommunisten in Polen sehen. Die Zeitschrift wurde zwar von polnischen Autoren initiiert (Jerzy Giedroyc, Zygmunt und Zofia Hertz, Gustaw Herling-Grudziński, Józef Czapski), beschränkte sich aber nicht auf die Repräsentation polnischer Interessen, sondern dachte in einem breiteren Kontext. Obwohl sie aus unterschiedlichen Milieus und Gebieten kamen, verfügten sie alle über eine gemeinsame Erfahrungsbasis, von der aus Europa als eine kulturelle Einheit betrachtet wurde. Die Erfahrungen der beiden Kriege lösten nicht die enge Verflechtung der polnischen Kultur und Geschichte mit seinen Nachbarn, hauptsächlich den östlichen. Das Schicksal Polens wurde eindeutig mit jenem von Europa verbunden. Die Botschaft der *Kultura* knüpfte an grundlegende europäische Werte wie Demokratie und Liberalismus an. In der Negation des Kommunismus zielten Giedroyc und seine Verbündeten nicht darauf ab, die politisch-soziale Struktur Vorkriegspolens wieder her zu stellen, wie es die Londoner Emigration gerne gesehen hätte. Ein souveräner Blick auf den Staat, befreit von nationalistischer Rhetorik, und ein mit einem visionären Schwung verbundener politischer Realismus prägten den Charakter der Zeitschrift. Demzufolge wurde das Konzept von Polen als einem Bollwerk des Christentums gegenüber dem Osten (*antemurale christianitatis*) durch jenes von Polen, welches Brücken schlagen sollte, ersetzt.

Solche Brücken wurden Anfang der siebziger Jahre zum ersten Mal in der politischen Realität errichtet. Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970 über die „Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ brachte eine neue Qualität in die offizielle europapolitische Debatte. Doch die polnischen Kommunisten wollten ungern ihr Monopol auf friedliche Initiativen in Europa aufgeben. Wenn über Jahrzehnte hinweg die Hallstein-Doktrin mit dem Alleinvertretungsanspruch der BRD für das gesamte deutsche Volk im Ostblock als Hemmschuh für die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen galt, so muss festgestellt werden, dass auch nach dem Beginn der bundesrepublikanischen „Neuen Ostpolitik“ in den Staaten des Warschauer Paktes altbekannte Feindbilder bemüht wurden. Demzufolge wurden die neue Ostpolitik Bonns und die Person Willy Brandts eher mit Distanz als mit Euphorie über den Fortschritt bei der europäischen Sicherheit wahrgenommen. Der führende Publizist der *Try-*

buna Ludu, Karol Małcużyński, schilderte das Abkommen als einen Lackmustest für guten Willen, Realismus und friedliche Koexistenz im Gegensatz zu Nationalismus, Revanchismus und Unversöhnlichkeit, die er immer noch in der Bundesrepublik auszumachen glaubte. Jener Ton blieb bis Mitte der siebziger Jahre, d.h. bis zur Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975, bestehen. Die polnische Propaganda legte Wert darauf, sich als Initiator und aktiven Partner bei der Umgestaltung der europäischen Situation zu präsentieren.

Doch trotz des von der PVAP angestrebten Meinungsmonopols hielten sich in Polen andere Vorstellungen von Europa. So gestaltete sich die *mental map* vieler polnischer Intellektueller in grundsätzlicher Abweichung zu den parteioffiziellen Verlautbarungen. Einen aussagekräftigen Einblick in die oppositionelle Welt gewährt ein Blick auf Krakau, wo sich um die Wochenzeitschrift *Tygodnik Powszechny* und um die Monatszeitschriften *Więź* (Bindung) sowie *Znak* (Zeichen) die geistige Elite Polens versammelt hatte. Gerade hier keimte und gedieh unabhängiges Denken, das nicht zuletzt aufgrund der Zusammensetzung der Redaktionen, die noch aus Erfahrungen der Vorkriegszeit schöpften, an die Auffassung vom alten Kontinent als einer Einheit anknüpfte. Die in der ersten Nummer des *Tygodnik Powszechny* vom 24. März 1945 angekündigte „apolitische und parteilose Linie“ der Zeitschrift bezeichnete eine klare Taktik für die darauf folgenden Jahrzehnte, nämlich eine zur kommunistischen Auffassung alternative Wahrnehmung und Darstellung der Realität. Die katholischen Wurzeln des Wochenblattes korrespondierten mit einem christlichen Verständnis des Kontinents. Auch die kulturelle Zugehörigkeit Polens zu Europa wurde nie in Frage gestellt, sie stieß jedoch auf die harte geopolitische Realität. „Europa“ als Begriff war reine Abstraktion, erinnert sich der Redakteur Krzysztof Kozłowski in einem Interview von 2005, wirksam war stattdessen das Bewusstsein eines eigenen, vom Rest der Welt abgekapselten Hofes.

Politische Einschränkungen – etwa in Form einer aufwändigen und undurchsichtigen Prozedur der Ausreisebewilligung – erschwerten den direkten Kontakt mit dem Westen. Trotzdem gelang es, wenn auch in einer eher fragmentarischen Form, Informationen aus der „freien Welt“ nach Polen zu transportieren. Im Land verbotene Bücher wurden während der Auslandsreisen gelesen, manche von ihnen kamen – zusammen mit mündlichen Berichten über eine andere Realität – in der Heimat an. Nach der Rückkehr nach Polen wurden sie während der Redaktionssitzungen diskutiert. Während dieser Debatten wurde das westliche Europa idealisiert. Im Zentrum der Aufmerksamkeit des mitteleuropäischen Betrachters, der sich während seiner Reisen ins Ausland meist wie ein „armer Bruder“ fühlte, standen die im eigenen Land unterdrückten Freiheiten, wie ein politischer

Pluralismus oder eine nicht vom Staat kontrollierte Öffentlichkeit. Die intensiven Auseinandersetzungen mit Themen, die in Westeuropa *en vogue* waren, folgten den jeweiligen intellektuellen Bedürfnissen.kehrte man danach jedoch in das eigene Haus zurück, so wurde die strikte politische Trennlinie zwischen den beiden Systemen auch für die Intellektuellen unmissverständlich spürbar. Wie der heutige Chefredakteur des *Tygodnik Powszechny*, Adam Boniecki, in einem Gespräch im Jahr 2005 feststellte, war das Bewusstsein des „Eisernen Vorhangs“ allgegenwärtig. Die einzige Möglichkeit, die sich anbot, war es, kleine Löcher in diesen Vorhang zu bohren.

Da sich bereits in den sechziger und siebziger Jahren der *Tygodnik Powszechny* als eine Keimzelle unabhängigen Denkens sowohl in Polen als auch im Ausland fest etabliert hatte, besuchten ausländische Gäste oft die Redaktion in der Weichselstraße 12 in Krakau. Durch persönliche Treffen und Korrespondenzen konnte ein Netzwerk aufgebaut werden. Wie und mit welcher Intensität es trotz der ungünstigen Bedingungen zustande kam, beweisen die Kalender des ersten und langjährigen Chefredakteurs der Zeitschrift Jerzy Turowicz (1912-1999). Stichwortartig, jedoch mit höchster Präzision wurden alle Termine eingetragen, die im Nachhinein – eingebunden in einen breiteren zeitgeschichtlichen Rahmen – als Bausteine für die Aufrechterhaltung lebendiger Verbindungen nach Europa gedeutet werden können. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Kontext die deutsche Problematik, die in bewusster Abgrenzung zu den Positionen der kommunistischen Partei behandelt wurde.

Der *Tygodnik Powszechny* fand engagierte Partner für einen solchen aufgeschlossenen Dialog mit der deutschen Seite. Einer von ihnen war die als gesamtdeutsche Organisation gegründete „Aktion Sühnezeichen“, die wegen des Bestehens zweier deutscher Staaten jedoch organisatorisch getrennt agierte. Initiiert wurde sie von Lothar Kreysing auf der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands 1958 und mit einem Schuldbekenntnis sowie der Bereitschaft untermauert, einen Dialog zwischen den Menschen im Geist der Versöhnung und Demut zu führen. Als anderer Gesprächspartner fungierte die internationale katholische Organisation der Friedensbewegung „Pax Christi“, die ihre Arbeit im Geist der Ökumene verstand. Sowohl die Vertreter der „Aktion Sühnezeichen“ (Günther Särchen und Lothar Kreysing) als auch Reinhold Lehmann von „Pax Christi“ waren in der Redaktion des *Tygodnik Powszechny* oft zu Gast und versuchten, die deutsch-polnischen Beziehungen (sowohl zur DDR als auch zur Bundesrepublik) auf der gesellschaftlichen Ebene mit einem neuen Geist zu füllen. Krzysztof Kozłowski begründet in dem schon erwähnten Interview diese aufgeschlossene Haltung gegenüber Deutschland damit, dass ein Weg nach Europa, der versucht hätte, Deutschland zu umgehen, unmöglich

gewesen wäre. Doch waren zu jener Zeit die Rahmenbedingungen für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen nicht günstig. In der Bundesrepublik stießen die Redakteure zwar auf Interesse, jedoch fehlte es an genaueren Kenntnissen über die Situation in Mittel- und Osteuropa. Die offiziell abgesegnete Freundschaft mit der DDR konnte in den Alltagskontakten zwischen den beiden Gesellschaften nicht mit Leben erfüllt werden. Die restriktive ostdeutsche Politik verhinderte die Entstehung einer oppositionellen Szene, die mit der in der Volksrepublik Polen zu vergleichen gewesen wäre. Dementsprechend waren der *Tygodnik Powszechny* und andere Zirkel jahrelang Vorbilder für Kollegen, die auf der anderen Seite der Oder lebten. Trotz der Erschwernisse kämpfte die Redaktion, besonders der Publizist Mieczysław Pszon und der Abgeordnete Stanisław Stomma (Parlamentariergruppe *Znak*), mühsam um die Entdämonisierung Deutschlands. Die Gruppe *Znak* setzte sich ab 1957 im polnischen Sejm auch für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat und für die Religionsfreiheit ein.

Der Entwurf einer vom damaligen *status quo* abweichenden europäischen Landschaft lässt sich gut anhand der konkreten publizistischen Arbeit rekonstruieren. Hier tauchte „Europa“ auf unterschiedlichen, jedoch miteinander verbundenen Ebenen auf: einer historischen, einer zivilisatorischen und einer religiösen. So wurde auf den Seiten des Krakauer Presseorgans oft über europäische Traditionen geschrieben. Anlässlich eines Treffens polnischer und ausländischer Intellektueller in Lublin im Jahr 1961 definierte die Redaktion „Europa“ als Vielfalt und Ideenreichtum, die sich nicht in eine feste Form – sei es ideeller oder aber geopolitischer Art – pressen ließen.

In einer Zeit, als polnische Bürger keinen Einfluss auf die Politik hatten, wurde die historische Publizistik als Ausweichmöglichkeit genutzt. Aus historischen Erfahrungen sollten Orientierungslinien für die gegenwärtige Wirklichkeit abgeleitet werden. Eine solche Strategie verfolgte Antoni Gołubiew (1907-1979) in der Redaktion, der von unterschiedlichen Ansatzpunkten her die Verortung Polens in der geschichtlichen Struktur Europas analysierte. Er plädierte für eine Analyse der polnischen Geschichte vor dem Hintergrund der Entwicklung der europäischen Zivilisation. Als ein Hindernis in der Betrachtung der aktuellen Situation sah er einen geographischen und zeitlichen Partikularismus, den er nicht nur den „kleinen“ Völkern und Nationen kritisch vorhielt. In dem Aufsatz „Geschichtsunterricht“ aus dem Jahr 1960 fanden häufig gebrauchte Metaphern für Polen wie etwa „Brücke“, „Tor“ beziehungsweise „Mauer“ oder „Festung“ bei Gołubiew keine Akzeptanz.

Die temperamentvollen Feuilletons des Publizisten Stefan Kisielewski (1911-1991) widmeten sich im *Tygodnik Powszechny* – trotz der Zensur –

wirtschaftlich-politischen Aspekten Europas. Kisiel – wie der Autor seine Texte unterschrieb – war sich der Grenzen und Einschränkungen bewusst, die in den Nachkriegsjahren in Polen eingeführt worden waren. Nichtsdestotrotz appellierte er an die polnische Gesellschaft, sich die aus der geographischen Lage hervorgehende Rolle des polnischen Volkes zu vergegenwärtigen. Ein klassisches Beispiel dafür sind die Artikel „An dieser Stelle Europas“ (1960) und „Vermittlung als Idee“ (1967), in denen er als Aufgabe der Intellektuellen definierte, aus der politischen Konstellation Schlussfolgerungen zu ziehen und sich für ein „polnisches Experiment“ – die Koexistenz von Kirche und Staat – einzusetzen. In dieser erblickte er eine genuine Leistung der polnischen Nation, da somit das Polnische gleichzeitig zum Universalen werden könne. Den Beitrag Polens zur Geschichte Europas verstand Kisielewski als den eines Vermittlers zwischen dem Westen und dem Osten, dem Norden und dem Süden, zwischen unterschiedlichen politischen Optionen, Nationen und Kulturen.

Diese Postulate fungierten auch für den Autor selbst als inspirierende, aber auch über den Tag hinausweisende Ansätze. Die Wahrnehmung der grauen Realität spiegelte sich in seinen Tagebüchern (1968-1980) wider. Hier wurde Polen anders charakterisiert – als ein „Auswuchs des Roten Imperiums“, eine „vergessene Provinz Europas“ oder eine „zweitrangige Nation, welche ihre Todesindrücke niederschreiben und in einer Schublade verstecken kann“. Das Gefühl des Sieges einer deprimierenden Realität über die Bedürfnisse des Geistes symbolisierte eine im Alltag von Kisielewski getroffene Wahl: Anstatt Gast des berühmten „Europäischen Restaurants“ (*Restauracja Europejska*) zu werden, bevorzugte der Warschauer Publizist das Café „Kreuzweg“ (*Rozdroże*).

Obwohl die Rolle des *Tygodnik Powszechny* für das unabhängige politische Denken und für eine zum offiziellen Parteidiskurs alternative Europa-wahrnehmung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, hatte das Medium kein Monopol unter den Intellektuellen auf diese Thematik. Nicht weniger intensiv waren die Debatten im Monatsheft *Znak*. Die Wahl zwischen einem offenen oder geschlossenen Europa beziehungsweise zwischen einem „Europa der Nationen“ oder der „Nation Europa“ diskutierte Stefan Wilkanowicz in seinem Text „Notizen zur Friedensstrategie“ (1962). Zenon Szpotański fragte in dem Aufsatz „Ein Pole vor europäischem Hintergrund“ (1970) nach den Merkmalen eines polnischen nationalen Charakters im europäischen Kontext. Bohdan Cywiński schrieb den Text „Europa erfahren“ vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage, der nationalen Subjektivität und des Reichtums an potenziellen Perspektiven. Er fasste Werte zusammen, die für ihn das Wesen Europas konstituierten, nämlich die Akzeptanz und Entfaltung seiner Kultur, die aus der Antike hervorgegangen war, die Affirmation des Christentums sowie die Freiheit

und die Würde des Menschen und schließlich das Streben nach einer Gemeinschaft der Mentalität und der Kultur.

Der letzterwähnte Artikel erschien im Jahr 1979, in einer Zeit, als bereits eine neue Epoche begonnen hatte. Vier Jahre zuvor war die KSZE-Schlussakte unterzeichnet worden. Zwar betrachteten die polnischen Oppositionellen und mit ihnen der *Tygodnik Powszechny* sie zunächst mit großer Distanz und pflegten eine Aversion gegen die verstaatlichte Friedens- und Koexistenzsymbolik. Doch trat mit der Unterzeichnung auch der so genannte „Dritte Korb“ der Schlussakte, der sich auf die Wahrung der Menschenrechte bezog, in Kraft. Die kommunistische Akzeptanz der Konsequenzen, die aus dem Helsinki-Abkommen resultierten, ermöglichte – was die sowjetischen Machthaber so nicht vorhergesehen hatten – die Entstehung zahlreicher neuer Bewegungen sowie neue Herangehensweisen an die europäische Problematik. Das Engagement junger Menschen in mehr oder weniger formalisierten Kreisen brachte bald eine neue Qualität in polnische Auffassungen über die Gestaltung des europäischen Raumes.

Im Zeichen von Europa: Nationale Selbstverortung in Opposition zur staatssozialistischen Macht (Christian Domnitz)

Das letzte Jahrzehnt des Staatssozialismus brachte eine tiefe politische und ökonomische Krise für die polnische Gesellschaft. Seit den Streiks von 1976 und 1980 litt die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei immer mehr unter einem massiven Legitimitätsdefizit. Dies führte zu einer inneren Lähmung der Parteistrukturen und zu einer Orientierungslosigkeit, die nach dem Führungswechsel von 1980 zu einer kurzen liberalen Periode der staatssozialistischen Herrschaft führten. Mit dem Antritt des Militärgenerals Wojciech Jaruzelski und der bald folgenden Ausrufung des Kriegszustandes wurde eine Gegenbewegung eingeleitet, die erst in der Verständigung der Partei mit der Opposition in den Jahren 1988 und 1989 ihr Ende fand. Mit ihrer Europa-Propaganda versuchte die Partei ihre Herrschaft zu legitimieren und erteilte dabei jedoch, ihrer inneren Zerrissenheit entsprechend, verschiedenen Stimmen das Wort.

Gescheiterte wirtschaftliche Reformversuche unter dem Ersten Sekretär der PVAP, Edward Gierek, in den siebziger Jahren hatten eine im Vergleich zu den anderen Staaten des RGW hohe Auslandsverschuldung hinterlassen, und auch die Versuche einer ökonomischen Dezentralisierung von 1985 brachten nur wenig Erleichterung. Das Resultat war ein Lebensstandard, der dem Vergleich mit vielen Nachbarländern und den meisten europäischen Staaten nicht standhielt. Der Ost-West-Konflikt hatte sich im

Laufe der Entspannungspolitik beruhigt, wozu die in Polen intensiv wahrgenommene und kontrovers debattierte Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland ihren Teil beigetragen hatte. Auch die Parteiführung hatte sich eine Politik der Entspannung auf die Fahnen geschrieben und widmete den Beziehungen mit westlichen Ländern hohe Aufmerksamkeit. Die Kooperationsbereitschaft hatte nicht nur sicherheitspolitische, sondern auch ökonomische Ziele – in einer Zeit, in der die Zusammenarbeit in dem nie richtig in Schwung gekommenen „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ stagnierte, orientierte sich die polnische Regierung nach Westeuropa, begleitet von einer gesamteuropäischen Rhetorik.

Obwohl polnische Europaideen der letzten Phase der staatssozialistischen Herrschaft den Fall der Blockgrenzen und das Ende der Volksrepublik vorwegnahmen, unterschieden sie sich von denen, die nach den Umbruch von 1989 populär wurden. Europa wurde in der Zeit des Ost-West-Gegensatzes von vielen Beobachtern als das Andere wahrgenommen. Auch gab es vor 1989 Europaideen, welche die Sowjetunion einschlossen. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei profilierte sich weiterhin als Garantin der polnischen Westgrenze im Rahmen einer europäischen Nachkriegsordnung. Während nach wie vor eine staatsoffizielle Friedenskampagne geführt wurde, brachte die europaweite Bewegung für Frieden und Abrüstung im Polen der achtziger Jahre zivilgesellschaftliche Initiativen und Bürgerengagement hervor. Auch gab es Diskussionen über die Mechanismen der sich in Westeuropa vollziehenden politischen Integration. Doch zumeist verbanden sich im Polen der späten siebziger und achtziger Jahre mit dem Begriff von Europa Debatten über ein nationales Selbstverständnis. Sehr populär war die Debatte um „Mitteleuropa“, die zu Ende der achtziger Jahre auch einen spezifischen polnischen Beitrag hervorbrachte.

Hervorzuheben ist dabei, dass gerade in den letzten Jahren des Staatssozialismus eine verstärkte Hinwendung des publizistischen Untergrunds zu den Nachbarländern einsetzte. Die Debatten darüber, was Opposition in den Staaten des Ostblocks bedeute, der Blick auf das kulturelle Schaffen jenseits der Landesgrenzen und die Suche nach Gemeinsamkeiten ließen die Kommunikation über diese Grenzen hinweg anwachsen, was den Niedergang der staatssozialistischen Herrschaft vorwegnahm. Bereits einige Jahre vor dem Ende des Kommunismus drangen Europeanarrationen aus dem Untergrund und aus der Wissenschaft in die ursprünglich von der Parteipropaganda dominierte Presse vor. So verloren kommunistische Europaideen – beispielsweise bezüglich einer friedlichen Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus – allmählich ihre Legitimation und Akzeptanz.

Im Nachdenken über Europa hatte der polnische Untergrund nicht nur einen zeitlichen, sondern auch einen quantitativen Vorsprung vor den Dissidenten und Oppositionellen in den Nachbarländern. Abzulesen ist dies

an einer unvergleichlichen Fülle von Samizdatpublikationen, in denen Publizisten über die Einreihung ihrer Nation in ein freies Europa der Völker nachdachten. Sie stellten es sich meist als ein Ensemble vieler Nationen ähnlichen kulturellen Hintergrunds vor. Zu dieser Zeit wurde die Gesellschaft für Fragen der Politik und des Zusammenlebens in Europa stärker sensibilisiert. Mit dem Anwachsen der grenzübergreifenden Kommunikation wurde die polnische Vorreiterrolle auch außerhalb des Landes wahrgenommen. Die *Solidarność*-Bewegung strahlte in linke Milieus der westlichen Welt genauso aus wie in die sozialistischen Nachbarstaaten. In der tschechischen und der ungarischen Diskussion um „Mitteleuropa“ wurden Impulse aus Polen kritisch verarbeitet. Dies betraf sowohl Vorstellungen zur polnischen nationalen Unabhängigkeit als auch konföderale Pläne.

Eine Konstante in polnischen Europadiskursen ist bis heute die stets präsente Diskussion über eine europäische Kultur und darüber, ob die polnische Gesellschaft zu einem europäischen Kulturkreis gehöre. Diese Tradition kann mindestens bis in die Zwischenkriegszeit zurückverfolgt werden. Für den Samizdat und die Untergrundverlage war „Kultur“ ein autonomer Raum, der sich jenseits der von den kommunistischen Parteien dominierten Sphären öffnete. „Solange wir die nationale Existenz nicht zurück gewonnen haben, muss sich unser Streben auf die Sphäre des Denkens und des kulturellen Schaffens beschränken“, schrieb der Untergrundpublizist Zdzisław Najder 1979 in einem Programmtext der Polnischen Unabhängigkeitsvereinigung (*Polskie Porozumienie Niepodległościowe, PPN*). So wurde nicht nur die Exilzeitschrift *Kultura* in Paris produziert, sondern auch die Untergrundzeitschrift *Kultura niezależna* (Unabhängige Kultur). Großen Widerhall in Polen fanden die Reden Johannes Pauls II. über eine europäische Kultur ebenso wie seine Wahl zum Papst und seine drei Besuche in der Volksrepublik. Polnische katholische Publizisten sahen in den siebziger und achtziger Jahren in Ost- wie in Westeuropa eine kulturelle und geistige Krise, weshalb sie umso stärker eine christliche Verwurzelung der europäischen Kultur betonten. Aus dem Kulturverständnis kirchlicher Kreise resultierte auch, dass die Kirche sich immer wieder als Gastgeber für Europadebatten engagierte.

Besonders Argumentationen der frühen achtziger Jahre machten Polens Zugehörigkeit zu einem europäischen Kulturkreis geltend. Sie verwiesen dabei auf Traditionen der Antike, des Christentums, der französischen Revolution und der Aufklärung. Ein Editorial der intellektuellen Samizdatzeitschrift *Krytyka* (Kritik) von 1980, das die Herausgeber Marek Beylin, Konrad Bieliński und Adam Michnik verfassten, verdeutlicht die Herleitung eines Europas der Gegenwart aus diesen Traditionen. Das Reflektieren über eine europäische Identität ist in allen Epochen des polnischen Staatssozialismus zu finden, fand aber in den achtziger Jahren seinen Höhepunkt. Mar-

cin Król bestimmte in seinem wegweisenden Text „Europa und wir“ von 1979 ein Europa-Ideal der Politik, eines der Kultur und eines der Normen. Noch im gleichen Jahr formulierte er, Kultur und Moral könnten sinnstiftende Elemente einer Föderation sein, wobei sie ein Primat vor der Geopolitik haben müssten. Der Dissident Jan Józef Lipski schrieb 1988, die europäische und die polnische Identität seien zwei Ideen, die sich gegenseitig stützten. Das Bewusstsein einer Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis, den man unfreiwillig und nur für kurze Zeit verlassen zu haben glaubte, nahm den Weg vorweg, auf dem Polen nach 1989 „nach Europa zurückkehrte“. Auch bei Reformversuchen des Staatssozialismus und in der Debatte um „Mitteleuropa“ spielte es eine Rolle. Dies zeigt, wie auf Europa bezogene Vorstellungen umformuliert wurden, während sie die verschiedenen Diskursräume des Staatssozialismus durchquerten.

Eine polnische Besonderheit war, dass sogar in der staatlich geförderten Wissenschaft Europa kulturell begründet wurde. In halboffiziellen und wissenschaftlichen Schriften wurden Gedanken zur kulturellen Verwurzelung der ostmitteleuropäischen Gesellschaften in Europa und zum Beitrag der polnischen Nation zur europäischen Kultur publiziert. Das Polnische Institut für Internationale Beziehungen, eine beim Außenministerium angesiedelte Denkfabrik, lotete fast über die gesamten achtziger Jahre hinweg nicht nur die Möglichkeiten europaweiter sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Kooperation aus, sondern ließ auch Betrachtungen zum Europäismus in der Philosophie in sein Programm einfließen. In seiner Umgebung wurde 1979 ein Werk mit dem Titel „Die Identität Europas“ verfasst. Es zeichnete sich dadurch aus, dass seine Autoren Michał Dobroczyński und Janusz Stefanowicz – meist mit Verweis auf westliche Wissenschaftler und Publizisten – eine primär kulturell begründete Identität beschrieben. Auch das West-Institut in Posen präsentierte Ende der achtziger Jahre in der Auseinandersetzung mit der Mitteleuropa-Debatte kulturelle Europazerzählungen. Schriften solcher Art konnten über die gesamten siebziger und achtziger Jahre hinweg publiziert werden; allein die Zeit des Kriegszustands unterbrach dieses Schaffen für eine kurze Zeit.

Die PVAP versuchte in der andauernden Krise ihrer Herrschaft, einen *modus vivendi* mit der erstarkenden Oppositionsbewegung zu finden, wobei Phasen der Anerkennung und der Repression aufeinander folgten. Dieser stetige Wandel hatte Einfluss darauf, wie in offiziellen Publikationen über Europa geschrieben wurde. Es entstand ein permanentes Nebeneinander von orthodox-kommunistischer Europapropaganda, die sich mit sicherheitspolitischen und ideologischen Fragen beschäftigte, und von gemäßigten wissenschaftlichen Europadarstellungen, die auf eine europäische Kultur Bezug nahmen. Zu Beginn der achtziger Jahre – kurz vor und während des Kriegszustands – erschienen verstärkt parteistaatliche Europadarstellungen,

die an die Schaffung der „Potsdamer Friedensordnung“ erinnerten oder die den – einen eigenen Weg zum demokratischen Sozialismus einfordernden – „Eurokommunismus“ der westlichen kommunistischen Parteien verurteilten. An der westeuropäischen Integration wurde antikapitalistische Kritik geübt und die Lebensbedingungen in der Marktwirtschaft schwarz gemalt.

Das Europa der orthodoxen PVAP-Ideologen war ein anderes als das Europa, das nach 1989 Einzug halten sollte. In seinem Zentrum standen die Systemerhaltung und die Sicherung von Herrschaftslegitimität. Da in den achtziger Jahren in den Staatsführungen des westlichen Ostblocks ein Nachdenken über eine Entspannungspolitik stattfand, sah die offizielle Presse den Ost-West-Dialog positiv. Die Absicht der Kommunisten, ihre Macht zu sichern, fiel dabei in dieser positiven Sicht mit der Hoffnung der Menschen zusammen, das Gegenteil würde geschehen und die Herrschaftsverhältnisse würden sich langfristig verändern. Gerade weil es ihre Aufgabe war, die Herrschaft zu stabilisieren, wurden kommunistische Verweise auf Europa in der Gesellschaft oft in Frage gestellt.

All diese Konstanten polnischer Europavorstellungen der achtziger Jahre bildeten den Hintergrund für eine Reihe bahnbrechender Dynamiken und für den Wandel polnischer Europaideen. Ein polnisches nationales Erwachen, das im Ostblock beispiellos war, entfaltete sich in den Untergrundschriften im Umfeld der Streiks von 1976 und 1980/1981. Aus der sich in einer Konfliktsituation befindenden Gesellschaft artikulierten sich Ideen zu neuen Perspektiven vor einem europäisch gedachten Hintergrund. In den im Untergrund herausgegebenen Schriften wurden Positionen einer widerständigen polnischen Nation zur europäischen Politik und Kultur erarbeitet und während der Streiks auf der Lenin-Werft, in den Fabriken und in den Kohlegruben wurde an europäische Werte appelliert. Ganz besonders die Debatte um die Menschenrechte gewann an Brisanz. Der vom polnischen Helsinki-Komitee 1980 erstellte Menschenrechtsreport, der akribisch politische Repressionen gegen Dissidenten und Protestierende dokumentierte, wurde auf der KSZE-Nachfolgekonferenz von Madrid (1980-1983) öffentlich verlesen. Im Umfeld national denkender Gruppen fanden sich Europavorstellungen, die als Chiffre für Widerstand und Konfrontation dienten. Der Oppositionelle Aleksander Hall argumentierte 1979, Europa müsse über einen Patriotismus der Nationen zu neuer Einheit finden, um seine dominierende Position in der Welt zurückzuerlangen. Nicht nur die sowjetische, sondern sogar die amerikanische Dominanz auf dem Kontinent sah er dabei als Hindernis. Ein solches Konstrukt entsprach der symbolischen Geografie eines als national empfundenen und kulturell begründeten polnischen Befreiungskampfs.

In dem schon erwähnten Editorial der *Krytyka* hieß es, die polnische Frage sei eine europäische Frage. Die Isolierung Polens von (West-)Europa sollte in einem „Streit um die Gestalt Europas und um den Sinn eines Europäismus“ überwunden und die Sowjetisierung rückgängig gemacht werden. Im Samizdatband „Nachdenken über unser Europa“ schrieb der katholische Priester Józef Tischner 1988, ohne ein Verständnis der zeitgenössischen polnischen Frage sei Europa nicht im Stande, sich selber zu verstehen. Mit der nationalen Besinnung auf Europa und der polnischen Verortung vor einem europäischen Hintergrund erfolgte gleichzeitig auch ein In-Frage-Stellen national fokussierter Sichtweisen. Intellektuelle distanzierten sich von Xenophobie und nationalistischen Anachronismen. Dennoch geben ihre analytischen Texte auch Hinweise darauf, auf welche Weise polnisches nationales Denken und Erinnern mit Ideen von Europa verknüpft war. Unmittelbar nach seinem Text „Europa erfahren“, der einen europäischen Kulturkanon beschrieb, verfasste der katholische Publizist und Historiker Bohdan Cywiński einen Essay über die „Polnische Erfahrung“. So wurde in den Debatten der frühen achtziger Jahre ein komplexes Geflecht von Selbstverortungen, Europabezügen, Patriotismus und nationalem Denken gesponnen. Dieses Referenzsystem war für die Polen über 1989 hinaus gültig.

Der Kriegszustand bedeutete keine Zäsur für das Entwerfen von Europavorstellungen. Die umfangreichen Verhaftungen von Oppositionellen verfehlten ihr Ziel, die Opposition mundtot zu machen oder eine abschreckende Wirkung auf die übrige Gesellschaft auszuüben. Stattdessen konnten sich Ideen, die aus der Zeit der Streiks stammten, erhalten und tradieren. Auch in den folgenden Jahren wurden in Positionspapieren des Untergrunds Europaideen verfestigt. Hinzu trat hier die europaweite Friedensbewegung, die Mitte der achtziger Jahre ihren Höhepunkt fand. Auch in Polen formte sich eine pazifistische, oft auf Menschenrechtsfragen ausgerichtete Friedensbewegung in Opposition zur staatlich betriebenen Friedenspropaganda. Ihre Arbeit lief auf die These hinaus, dass die Art der Integration Europas eine der Schlüsselfragen für die Bewahrung des Friedens sei. Eine Vereinigung Europas könne, so schrieben die jungen Aktivisten von „Freiheit und Frieden“ (*Wolność i Pokój*), zu einer Friedensgarantie für die ganze Welt werden. In ihrem Bulletin veröffentlichten sie das Memorandum der Ost-West-Friedensbewegung „Helsinki mit wirklichem Leben erfüllen“. In ihrer Zeitschrift *Czas Przyszły* (Die kommende Zeit) pflegten sie den intellektuellen Austausch mit anderen ostmitteleuropäischen Friedensaktivisten.

Die Europaideen, die in der Hochzeit der Friedensbewegung formuliert wurden, begleitete bald die Debatte um „Mitteleuropa“. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde die Idee eines ostmitteleuropäischen Kulturraums ausgearbeitet, der oft als Vorstufe zu einer Integration in den

westeuropäischen Kontext gedacht war. Angeregt von Milan Kunderas zuerst in Paris veröffentlichter Darstellung Mitteleuropas als „gekidnappter Okzident“ und dessen strenger Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion, entwickelten sich polnische Ergänzungen und Umdeutungen. Ein sehr bekanntes Werk ist der im Samizdat erschienene Band „Nachdenken über unser Europa“. Die Beiträge prominenter Autoren des Untergrunds setzten sich sehr kontrovers mit dem teilweise als nostalgisch kritisierten Mitteleuropabegriff auseinander. Trotz dieser intellektuellen Kritik wurde das Identifikationsangebot „Mitteleuropa“ in der polnischen Gesellschaft überwiegend positiv aufgenommen, wovon zahlreiche weitere Schriften zeugen.

Das schon erwähnte Konföderations-Konzept eines *Intermarium* (*Międzymorze*) verband eine übernationale Integrationsidee mit nationalem Sendungsbewusstsein. Aus dem polnischen Untergrund verlautete, das in der Zwischenkriegszeit von Marschall Józef Piłsudski bzw. Außenminister Józef Beck verfolgte Konzept des *Intermarium* stelle den einzigen Entwurf polnischer Staatlichkeit dar, der stark genug sei, um zwischen den Machtpolen Deutschland und Russland zu bestehen. Hingegen blieb oft ohne Erwähnung, dass in den ostmitteleuropäischen Staaten der Zwischenkriegszeit bemängelt worden war, das Konzept würde den Nachbarn eine polnische Dominanz aufzwingen. Die Idee war in Polen jedoch so populär, dass eine Untergrundzeitschrift ab 1984 unter diesem Titel erschien, nämlich „*Adriatyk, Bałtyk, Morze czarne*“ (Adria, Ostsee, Schwarzes Meer). In ihr wurden verschiedene konföderale Friedenskonzepte für das östliche Europa debattiert.

Auch andere Untergrundzeitschriften widmeten sich grenzübergreifenden Fragen und leiteten damit eine fast alle ostmitteleuropäischen Staatssozialismen umfassende Transnationalisierung des Dissenses ein. Eine gemeinsame Bewegung im Ostblock forderten sowohl die seit den frühen achtziger Jahren bestehende Zeitschrift *Obóz* als auch die 1988 begründete Schrift *Zona*. Beide Untergrundmagazine trugen umgangssprachliche Bezeichnungen der Staaten des sozialistischen Blocks („Lager“ und „Zone“) im Titel. Sie pflegten einen das gesamte Ost- und Ostmitteleuropa umfassenden inhaltlichen Anspruch und wollten nicht mehr nur in der eigenen Nation wirken. Die Redaktion der 1987 geschaffenen intellektuellen Untergrundzeitschrift „Europa“ hatte sich zum Ziel gesetzt, den Polozentrismus zu überwinden. In den Nachbarstaaten DDR und ČSSR fanden diese Zeitschriften keine Entsprechung. Einen tatsächlichen Schritt über die Grenzen der Nation machten die Mitglieder der „Polnisch-tschechoslowakischen Solidarität“, auf deren Treffen im Riesengebirge sich prominente Dissidenten wie Václav Havel und Jacek Kuroń begegneten. Angesichts der Tendenz, dass Ostmitteleuropäer ein über die eigene Nation hinausgehendes Bewusstsein entwickelten, ließ sich der Publizist und

Politiker Edmund Jan Osmańczyk im Jahr 1988 zu der Aussage hinreißen, „Bürger, die sich mit Europa identifizieren, gibt es östlich der Elbe mehr als westlich von ihr“.

Der sich weitende Blick über die eigenen Grenzen begünstigte das Sich-Vergleichen der Polen mit ihren nahen und fernen Nachbarn. Als Maßstab dienten hierbei vor allem Wohlstand und Lebensqualität. Auch der sehn-süchtige Blick auf Wirtschaftsmächte außerhalb Polens, die symbolisch für einen höheren Lebensstandard standen, gehört zu polnischen Vorstellungen von Europa. Der Publizist und spätere Diplomat Jerzy Surdykowski verglich 1989 den Osten und Westen des Kontinents auf diese Art und setzte sein Land auch mit den anderen Staaten des sozialistischen Lagers in Bezug. Selbst hierbei fiel seine Bilanz für die Polen ungünstig aus.

Das Ende des Staatssozialismus wurde vom „Neuen Denken“, von der „Perestrojka“ und von „Glasnost“ unter Michail Gorbatschow eingeleitet. Staatsoffizielle Europaideen erfuhren in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit dem „Gemeinsamen Haus Europa“ eine interessante Wendung, und orthodox-kommunistische Vorstellungen wurden erschüttert. In den Friedensbewegungen und im publizistischen Untergrund der ostmittel-europäischen Staaten wurde das „Gemeinsame Haus“ zu einer oft verwendeten Metapher, die eine Verspätung der eigenen Parteiführungen nunmehr nicht nur gegenüber dem westlichen Europa, sondern auch gegenüber der Sowjetunion anzeigte. Spätestens zu dem Zeitpunkt, als sich die Führung der PVAP mit der Opposition arrangiert hatte, änderte sich ihre westlich und gesamteuropäisch geprägte Europaideen ablehnende Haltung. Sie entwarf vorsichtig und zögernd eine eigene, nationale Interpretation des „Europäischen Hauses“, welche die territoriale Integrität Polens und die „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ in den Vordergrund stellte. Damit wurde versucht, die Europaideen, die die bisherige Ordnung erbeben ließen, dennoch zum Systemerhalt zu nutzen. Die PVAP stellte sich auch weiterhin als Garanten der polnischen Westgrenze dar und berief sich mit der „Nichteinmischung“ auf ein Prinzip der Helsinki-Schlussakte, das ihr Handlungsfreiheit im Innern versprach. Zum Ende der achtziger Jahre, als sich eine Verständigung von Opposition und Parteiführung abzeichnete, benutzte sogar Wojciech Jaruzelski das Schlagwort einer „Europäisierung Europas“ und schlug erneut eine europäische Friedenskonferenz vor, diesmal anlässlich des fünfzig Jahre zurückliegenden Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs.

Wohl auch wegen der mangelnden Kreativität der Partei im Umgang mit dem „Gemeinsamen Haus“ wurde die einst von ihrer Propaganda dominierte Sphäre in den letzten Jahren des Staatssozialismus von oppositionellen und reformkommunistischen Argumentationen durchdrungen. Dies geschah zu einer Zeit, als sich bereits eine Machtbeteiligung der Opposition in den

Gesprächen zwischen Oppositionsführer Lech Wałęsa und Innenminister Czesław Kiszczak anbahnte. In der offiziellen und der geduldeten Presse erschienen Europeanarrationen, die ursprünglich von Oppositionellen verwendet worden waren. Die Art, wie die offizielle Presse Europa propagierte, wurde zum Indikator für den Wandel innerhalb der Gesellschaft. Es zeigte sich, dass in einst streng durchherrschten Sphären althergebrachte Parteipositionen an Akzeptanz verloren und andere Argumentationen ihren Platz einnahmen. Wie weit Reformimpulse in die offizielle Presse vordringen konnten, zeigt ein Beitrag des Publizisten Adam Krzemiński von 1987 in der Wochenzeitschrift *Polityka* (Politik). In einem ausführlichen Essay zu „Mitteleuropa“ schrieb er, „heutzutage kann sich niemand Stillstand erlauben – weder diplomatisch, politisch und wirtschaftlich, noch kulturell oder zivilisatorisch“. Im gleichen Blatt wurde ein Jahr später der offene Brief des Historikers Jerzy Holzer veröffentlicht, in dem er eine Verständigung der Staatsmacht mit den oppositionellen Intellektuellen einforderte.

Die Durchdringung der offiziellen Presse mit oppositionellen und reformorientierten Europaideen zeigte nicht nur die tiefe Krise, in der sich die staatssozialistische Herrschaft in Polen befand. Sie war ebenso ein Vorbote des baldigen Endes dieses Herrschaftssystems. Zwar kann nicht behauptet werden, dass allein Europavorstellungen den Kommunismus zu Fall brachten. Jedoch beschleunigten die Ideen, Diskussionen und Idealvorstellungen darüber, wie man in anderen Ländern des Kontinents lebte und Politik gestaltete, den Wandel in der polnischen Gesellschaft, der allen gesellschaftlichen Veränderungen in Ostmitteleuropa voranging.

Bibliographie:

Quellen und Quelleneditionen:

BRANDYS, KAZIMIERZ, Listy do Pani Z. [Briefe an Frau Z.], Warszawa 1965.

CHAŁASIŃSKI, JÓZEF, Polska leży w Europie [Polen liegt in Europa], in: *Odrodzenie*, 1946, Nr. 112, S. 4-5 (deutsche Übersetzung in: *Polen denkt Europa*, 2004).

CYWIŃSKI, BOHDAN, Doświadczenie Europy [Europa erfahren], in: *Znak* (6), 1979, S. 474-507.

GOMULKA, WŁADYSŁAW, Z kart naszej historii [Aus unserer Geschichte], Warszawa 1982.

HOLZER, JERZY, Dwa stulecia Polski i Europy. Teksty pisane w różnych porach wieku [Zwei Jahrhunderte Polen und Europa. Texte aus verschiedenen Zeiten des Jahrhunderts], Poznań 2004.

KISIELEWSKI, STEFAN: An dieser Stelle Europas. Ein Pole über Ost und West – und andere Fragen von heute, München 1964.

KISIELEWSKI, STEFAN, Felietony zdjęte przez cenzurę [Von der Zensur kassierte Feuilletons], Warszawa 1998.

KRÓL, MARCIN, Europa i my [Europa und wir], in: Res Publica (1), 1979, S. 15-25 (Samizdat; deutsche Übersetzung in: Polen denkt Europa, 2004).

LAMPE, ALFRED, Miejsce Polski w Europie [Polens Platz in Europa], Moskau 1944.

PILSUDSKI, ROWMUND, Pisma Wybrane [Ausgewählte Schriften], Warszawa 1998.

Polen denkt Europa. Politische Texte aus zwei Jahrhunderten, hg. v. PETER OLIVER LOEW, Frankfurt/Main 2004.

REDAKCJA OBOZU, Myśli o naszej Europie [Nachdenken über unser Europa], Wrocław 1988 (Samizdat).

Analysen:

Die polnische Emigration und Europa 1945–1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur im Exil, hg. v. ŁUKASZ GALECKI und BASIL KERSKI, Osnabrück 2000.

Federalizm. Teorie i koncepcje [Föderalismus. Theorien und Konzeptionen], hg. v. WIESŁAW BOKAJŁO, Wrocław 1998.

FRISZKE, ANDRZEJ, Opozycja polityczna w PRL 1945-1980 [Die politische Opposition in der Volksrepublik Polen], Londyn 1994.

KUROŃ, JACEK, ŻAKOWSKI, JACEK, PRL dla początkujących [Die Volksrepublik Polen für Anfänger], Wrocław 1998.

MACIEJEWSKI, MAREK, HAREŻA, GRZEGORZ, Abriß der polnischen Ideen eines europäischen Föderalismus (15.-20. Jahrhundert) im Vergleich zu westeuropäischen Europakonzepten, in: Die Gesellschaft in der Wende. Polen, Deutschland und die Europäische Union, hg. v. MAREK MACIEJEWSKI, Wrocław 1999, S. 71-107.

MIKOŁAJCZYK, MAGDALENA, Problematyka integracyjna w publikacjach drugiego obiegu 1976-1989 [Die Integrationsproblematik in den Veröffentlichungen des „Zweiten Umlaufs“ 1976-1989], in: Pamięć zbiorowa w

procesie integracji Europy [Das kollektive Gedächtnis im europäischen Integrationsprozess], hg. v. JÓZEF ŁAPTOS, Kraków 1996, S. 131-140.

ROGACZEWSKA, KRYSZYNA, Europa Środkowo-Wschodnia w myśli politycznej polskiej opozycji w latach siedemdziesiątych i osiemdziesiątych XX wieku [Ostmitteleuropa im politischen Denken der polnischen Opposition in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts], in: Europa środkowo-wschodnia w polskiej myśli politycznej [Ostmitteleuropa im polnischen politischen Denken], hg. v. MIROSLAW DYMARSKI und JERZY JUCHNOWSKI, Wrocław 2004, S. 179-198.

THUM, GREGOR, „Europa“ im Ostblock. Weiße Flecken in der Geschichte der europäischen Integration, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 379-395.

TÖRNQUIST-PLEWA, BARBARA, The Complex of an unwanted child: The meanings of Europe in Polish Discourse, in: The meaning of Europe. Variety and contention within and among nations, hg. v. MIKAEL AF MALMBORG und BO STRÅTH, Oxford 2002, S. 215-242.

WOLAŃSKI, MARIAN S., Miejsce Polski w Europie w polskiej myśli politycznej lat 1944-1948 [Polens Platz in Europa im polnischen politischen Denken der Jahre 1944-1948], Wrocław 1978.

ŻAKOWSKI, JACEK, Pół wieku pod włos czyli życie codzienne „Tygodnika Powszechnego“ w czasach heroicznych [Ein halbes Jahrhundert gegen den Strich oder Alltagsleben des „Tygodnik Powszechny“ in heroischen Zeiten], Kraków 1999.

ŻYLIŃSKI, LESZEK, Mitteleuropa versus Intermarium, in: Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, hg. v. ANDREAS LAWATY und HUBERT ORŁOWSKI, München 2003, S. 123-131.